

Überall fehlen Plätze und die Landesregierung schaut tatenlos zu...

Rund 23.000 Unterschriften für mehr Fachkräfte und mehr Landesmittel übergaben das Kita-Bündnis Baden-Württemberg und Landeselternbeirat im Oktober 2009 der Landesregierung. Besonders in den größeren Städten sind die Wartezeiten für Plätze in Kindergärten und Kitas lang, allein in Stuttgart fehlen 3.300 Kleinkind- und Hortplätze. In Korntal-Münchingen findet nur jedes 14. Kleinkind einen Platz!

In Tübingen, wo 180 Kinder auf der Warteliste stehen, beklagte sich OB Boris Palmer beim Ministerpräsidenten, dass das Land seine Finanzzusage nicht einhält: „Die Zuschüsse von Bund und Land machen in Tübingen zusammen weniger als ein Drittel der zusätzlichen Kosten für Kleinkindbetreuung aus. Zwei Drittel müssen von Eltern und Stadt getragen werden.“ Weil die Landesregierung Gelder zurückhält, droht jetzt die Evangelische Kirche Stuttgart mit ihrem Rückzug aus der Kinderbetreuung.

Das kann und darf so nicht weitergehen: Für Banken und die wirtschaftspolitischen Fehler der letzten Jahre sind Milliarden da. In den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Investitionen in Daseinsfürsorge und nachhaltige Infrastruktur werden Jahr für Jahr neue Sparprogramme aufgelegt! Die Stuttgarter Regierung spart so das Land, die Menschen und ihre Zukunft kaputt!

DIE LINKE.

100% SOZIAL!

V.i.S.d.P. Bernhard Strasdeit
Satz und Layout: Gregor Mohlberg

Mit sozialen Kommunen GEGEN die Krise!

Ulrike Küstler
Stadträtin der LINKEN
in Stuttgart



„Bildung fängt im Kindergarten an. Kinder brauchen mehr qualifizierte Förderung in den Kindertageseinrichtungen und mehr ErzieherInnen. Kein Kind darf wegen seiner ethnischen Herkunft oder sozialen Lage zurückgelassen oder ausgegrenzt werden. Deshalb tritt DIE LINKE für kostenlose Kitas und mehr Ganztagesangebote ein.“

Dr. Emanuel Peter
Stadtrat der LINKEN
in Rottenburg



„Von einer guten Bildung für unsere Kinder hängt die Zukunft unserer Gesellschaft und Demokratie ab. Wer heute nicht in Bildung investiert, verstärkt die soziale Spaltung und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Infos und Kontakt...

DIE LINKE. LV Baden-Württemberg
Marienstraße 3A, 70178 Stuttgart
Tel: 0711/24 10 45
Fax: 0711/24 10 46
Mail: info@die-linke-bw.de
Internet: www.die-linke-bw.de

Kitas braucht das Kinderland! Jetzt!

Eltern und ErzieherInnen
fordern den Ausbau der
Kleinkindbetreuung!

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG



„Magermilchlösung“ für Kleinkinder statt „Vollmilch“ im „Kinderland“

Ministerpräsident Mappus ist ein vehementer Verfechter von Steuergeschenken. Für Hoteliers und „Besserverdienende“ gibt es Milliarden. Die Beschlüsse der Berliner Möwenpick-Koalition reißen ein Loch von 440 Mio. Euro in den Landeshaushalt. Allein von den Hotelsubventionen könnten laut Bildungsgewerkschaft GEW 20.000 ErzieherInnen eingestellt werden. Aber es müssen auch noch fünf Milliarden an Spekulationsverlusten der LBBW aus Steuergeldern bezahlt werden. All das geht auf Kosten der Kinder, Eltern und ErzieherInnen!

Die volle Umsetzung des Orientierungsplans würde nach Berechnungen der Kommunen 650 Mio. Euro kosten. Deshalb wurde er jetzt „abgespeckt“: Der Personalschlüssel wird erst ab September 2010 erhöht. Von den heruntergerechneten 200 Mio. Euro will die Landesregierung zwei Drittel, also 133 Mio. Euro übernehmen. Auf die akademische Ausbildung von ErzieherInnen wird ganz verzichtet – sie würden sonst mehr Gehalt bekommen! Statt einer qualifizierten Betreuung will die Landesregierung die Billigbetreuung durch Tagesmütter/väter ausbauen. Der Landkreis Böblingen sucht beispielsweise 300 Tagesmütter/väter, die ca. 3,80 Euro pro Kind bekommen sollen.

Die Landesregierung weigert sich strikt, die Betriebszuschüsse für Kitas zu erhöhen. Nach ihrem Versagen in der Bildungspolitik darf jetzt nicht noch die Kleinkindbetreuung an die Wand gefahren werden.

Deshalb: Wer heute nicht in die Zukunft der Kinder investiert, wird später wesentlich mehr bezahlen, um die Versäumnisse von heute zu bezahlen!



Foto: Poppentittel Blog, flickr.de

Kinderarmut bekämpfen, Bildungschancen und Integration verbessern

Mit dem Ausbau der Kleinkindbetreuung will DIE LINKE besonders die Versorgung von Kindern aus sozial benachteiligten Schichten und aus Migrantenfamilien verbessern: Integration fängt im frühen Alter an, wenn Kinder unbefangen miteinander spielen. Je früher ein Kind in eine Krippe geht, desto besser seine späteren Bildungschancen, auf ein Gymnasium zu kommen. Dies bestätigen neueste Studien: „Bei Kindern, deren Eltern die Hauptschule besucht hatten, stieg der Prozentsatz von 11,2 auf 20,4 Prozent“ (Bertelsmann-Stiftung). Kinder entwickeln sich am besten in der Gemeinschaft, betreut von qualifiziertem und engagiertem Personal.

Beruf und Erziehung müssen endlich vereinbar werden

Besonders alleinerziehende Frauen benötigen den sofortigen Ausbau der Ganztagesbetreuung. In Baden-Württemberg wachsen 45 Prozent aller Kinder von Alleinerziehenden in Armut auf, 10% mehr als im Bundesdurchschnitt. Gründe sind ungünstige Öffnungszeiten vieler Kitas und schlecht bezahlte Teilzeitjobs. Nur 39% der Alleinerziehenden arbeiten Vollzeit, 15% haben weniger als 900 Euro netto im Monat. Der Niedriglohn-Skandal bei Schlecker und anderen Discountern

zeigt: Damit Frauen nicht gezwungen sind, zu jedem beliebigen Lohn zu arbeiten, sind Ganztagsplätze mit guten Öffnungszeiten notwendig. Aktuell haben gerade 10% (das sind 30.800 Plätze) aller Kinder in unserem Land einen Betreuungsplatz, weitere 70.000 werden gebraucht, einschließlich zusätzlicher, qualifizierter Erzieherinnen. Selbst der Sachverständigenrat der „fünf Wirtschaftsweisen“ sieht in seinem neuesten Gutachten einen „vordringlichen Handlungsbedarf vor allem im Bereich der frühkindlichen Bildung“ und fordert trotz der Krise „unter anderem ein kostenloses und verpflichtendes Förder- und Betreuungsangebot schon im Vorschulbereich“.

DIE LINKE fordert für Kommunen, Kreise und Land:

- Die Kleinkindbetreuung muss ohne Abstriche bis 2013 planmäßig ausgebaut werden. Dies ist ein erster Schritt, um für jedes unter-dreijährige Kind einen Betreuungsplatz bereitzustellen
- Die Kleinkindbetreuung muss zu Öffnungszeiten und dort erfolgen, wo sie die Eltern benötigen. Dies darf nicht auf Kosten von Kindergartenplätzen gehen.
- Wegen der wachsenden Kinderarmut im Land tritt DIE LINKE für gebührenfreie Kita-Plätze ein und wendet sich gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren, wie sie die Landesrichtsätze der kommunalen Spitzenverbände vorsehen.
- DIE LINKE fordert qualifiziertes Personal, um Sprachfördermaßnahmen in Kitas zu verwirklichen. Die Stundenzahl muss von 120 auf mindestens 240 Stunden wie in Bayern erhöht werden.
- Die Gruppengröße ist drastisch zu verkleinern. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer Fachkraft für zwölf Kinder.
- Der beschlossene Orientierungsplan muss vollständig umgesetzt werden. Dazu gehört, dass die Landesregierung die Kosten trägt und ihre Kita-Zuschüsse nicht einfriert.